



PRESSE-INFO

KREIS NÜRNBERG

2376-0

Du.-Wahl



Aufruf zur Kundgebung gegen die öffentliche Veranstaltung der Republikaner am Mittwoch, 01. Februar 1989 um 18.30, Berliner Platz !



Die Republikaner haben bei der gestrigen Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin ein erschreckend hohes Wahlergebnis erzielt. Diese Partei wird künftig im Berliner Abgeordnetenhaus mit 11 Mandaten vertreten sein. Spätestens 1990 werden die Republikaner unabhängig von ihrem Abschneiden bei in diesem und im nächsten Jahr stattfindenden Wahlen mit 2 Berliner Abgeordneten im Bundestag sitzen.



Die Republikaner sind ein wesentliches Sammelbecken aller derjenigen, die deutsch-nationale revanchistische und antidemokratische bis hin zu rechtsextremen Positionen vertreten. Diese Partei lebt von der Verbreitung von Feindbildern, verbreitet nationalistisches und völkisches Gedankengut und stempelt Ausländer und Asylsuchende zu Sündenböcken aller Mißstände in der Bundesrepublik. In ihrer Propaganda stellen sich die Republikaner als Fürsprecher von Arbeitern, Angestellten, Handwerkern und Bauern dar. In Wahrheit vertreten sie arbeitnehmer- und gewerkschaftsfeindliche Inhalte.



Mit ihrem Demokratieverständnis, der Ausgrenzung der "Linken", mit ihrer menschenverachtenden Überfremdungstheorie und ihrer Sündenbockpolitik knüpfen die Republikaner an schlechteste Beispiele der Nazi-Propaganda und der Positionen rechtsextremer Kreise in der Bundesrepublik an.



Der Boden für die Stimmerfolge der Republikaner sowie anderer rechtsextremen Parteien, wie DVU und NPD, ist ursächlich in der Politik der CDU, CSU und FDP zu suchen und zu finden. Das bewußte Inkaufnehmen von Massenarbeitslosigkeit und sozialer Not von Millionen ist ein idealer Nährboden für rechtsextremes und deutsch-nationales Gedankengut. Durch das Infragestellen des im Grundgesetz verankerten Asylrechts sowie durch die restriktive bis unmenschlich gehandhabte Praxis des Ausländerrechts und durch die politischen Ziele zur Änderung des Ausländerrechts kommt insbesondere der CSU der zweifelhafte Verdienst zu, den Boden für Ausländerfeindlichkeit bereitet zu haben, den nunmehr die Republikaner und andere Rechtsextreme in Mandate ummünzen können.



Wir rufen deshalb alle Demokraten auf, mit uns gemeinsam am Mittwoch, 01. Februar 1989 um 18.30 auf dem Berliner Platz für Humanität, soziale Gerechtigkeit, für mehr Demokratie und für die vorbehaltlose Verwirklichung der Menschenrechte zu demonstrieren !



Redner: Harald Weiniger, DGB-Kreisvorsitzender, Ludwig Göhring, Kreisvorsitzender der VVN, ein Vertreter des Ausländerbeirates der Stadt Nürnberg.



Nürnberg, 30.01.1989